

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In den Ausgabestellen und Filialen monatl. 3.50 zł, mit Zustellgeld 3.80 zł. Bei Postbezug monatl. 3.89 zł, vierteljährlich 11.66 zł. Unter Streifenband in Polen monatl. 7.50 zł. Danzig 2.50 G., Deutschland 2.50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr., Sonntags-Nr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung etc.) hat der Bezahler keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die einseitige Millimeterzeile 15 gr., die Millimeterzeile im Reklameteil 125 gr., Danzig 10 bzw. 80 D. Pf., Deutschland 10 bzw. 70 Pf., übriges Ausland 50%, Aufschlag. — Bei Platzvorschrift u. schwierigerem Satz 50%, Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 gr. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. — Polische Konten: Polen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 225

Bromberg, Mittwoch, den 3. Oktober 1934

58. Jahrg.

Südosteuropa in Bewegung

Zum Besuch des jugoslawischen Königspaars in Sofia.

Daß Europa trotz des krampfhaften Bemühens der französischen Staatsmänner, den Zustand, der in den Pariser Vorortverträgen vom Jahre 1919 geschaffen wurde, zu konservieren und zu verewigen, in Bewegung geraten ist, wird nirgends deutlicher erkennbar, als in den südöstlichen Gebieten des Erdteils. Die Kleine Entente hat hier lange Zeit das politische Feld beherrscht. Sie fing schon an, in eine gewissermaßen flüssige Rolle hineinzuwachsen, und die Einrichtung eines in regelmäßigem Turnus zusammen tretenden Dreierrats der die Außenpolitik der Ententestaaten leitenden Männer, die Bildung einer Wirtschaftskonferenz der Kleinen Entente — alles das schien der Ausdruck einer starken inneren Befestigung dieses Gebildes zu werden. Die enge Anlehnung an Frankreich, die es Paris ermöglichte, über Prag, Belgrad und Bukarest französische Politik im Südosten zu betreiben, gaben im übrigen der Kleinen Entente die besondere Färbung, die lange Zeit kaum wesentlich nuanciert wurde.

Als am 10. Februar 1934 im großen Saal der griechischen Akademie in Athen der Balkanpakt von den Außenministern Jugoslawiens, Rumaniens, Griechenlands und der Türkei unterzeichnet wurde, kam, natürlich nicht plötzlich und dem Eingeweihten nicht unerwartet, aber für die politische Öffentlichkeit nun erst dokumentarisch beglaubigt, eine wesentlich neue Nuance in das Bild hinein. Der Balkanpakt, an dem die Tschechoslowakei nicht beteiligt ist, und dessen Wurzeln wohl vielmehr in den griechisch-türkischen Beziehungen zu suchen sind, verlagerte das Schwergewicht stärker nach Südosten und nach den Randgebieten des östlichen Mittelmeeres. Französischem Einfluß war er ihm nicht, wie bei der Bildung der Kleinen Entente, Raum gegeben. Der Balkanpakt sollte nach der Idee seiner Schöpfer den Südosten von den Geschehnissen des übrigen Erdteils gewissermaßen abhängen. Er war ein Produkt politischer Antarktisbestrebungen. Daß er neue Orientierungen für die Balkanpolitik schaffen sollte, geht aus daraus hervor, daß man sich sehr eifrig um den Beitritt Albanien bemühte, der ja nur möglich gewesen wäre, wenn dieses Land sich dem italienischen Protektorat zu entwenden vermocht hätte, was bekanntlich eben, nach einem vergeblichen Versuch, mißlungen ist. Außerdem aber war unter dem Pakt auch der Platz für die bulgarische Unterschrift freigelassen worden. Bulgarien war aber im Nachkriegs-Europa französischer Konzeption eine aktive politische Rolle nicht zugeordnet. Schon der in diesem Lande, das sich im Friedensvertrage empfindliche Imputationen gefallen lassen mußte, lebendige Revisionismus verurteilte es dazu, nicht Subjekt, sondern argwöhnisch beobachtetes Objekt der offiziellen Südostpolitik, wie sie in Paris gemacht wurde, zu werden.

Bulgarien hat den Verbungen um seine Beteiligung am Balkanpakt zunächst widerstanden. Die sehr geschickt geleitete Außenpolitik dieses kleinen Landes hat es begriffen, daß man in seiner Lage zu warten können und sich beherrschbar machen muß. Der Augenblick, in dem diese Politik Früchte trägt, scheint jetzt gekommen zu sein. Das jugoslawische Königspaar weilt zu einem Staatsbesuch in Sofia, der äußerlich die Erwidmung des Besuchs war, den der bulgarische König im Winter in Belgrad abstattete, der aber zweifellos von großer politischer Bedeutung blieb. Man muß sich dabei gegenwärtig halten, daß beide Monarchen nach den innerpolitischen Wandlungen, die sich in ihren Ländern vollzogen, starke Exponenten des politischen Willens ihrer Staaten sind, und daß das, was zwischen ihnen, zum Teil übrigens in Gegenwart der zuständigen Minister, besprochen wird, keine belanglose Privatunterhaltung ist, sondern Ausdruck staatsmännischen Willens.

Jugoslawien sucht schon seit längerer Zeit nach einer selbständigen Betonung seiner Stellung, die es mehr oder weniger aus dem Rahmen der von ihm eingegangenen Bindungen heraustreten läßt. Die frankophile Parole der Kleinen Entente wird in Belgrad nicht mehr unbedingt befolgt, und seine Unterschrift unter den Balkanpakt gab Jugoslawien seinerzeit ohne rechte innere Begeisterung und erst nach einigem Zögern. Seine kritische Einstellung zu diesem Pakt ist sicherlich gewachsen, seitdem es erkennen mußte, daß Bulgarien sich ihm fernhielt. Man beginnt in Belgrad aber einzusehen, daß eine Politik, die im Gegensatz zu Sofia betrieben werden soll, auf die Dauer Risiken in sich schließt. Deshalb der Wunsch, eine Annäherung an Bulgarien herbeizuführen, die für Jugoslawien um so einträglicher sein kann, als es in diesem Verhältnis zweifellos der stärkere Teil ist. Je mehr sich aber die Beziehungen zu Italien verschärfen und je fragwürdiger die ganze Südostpolitik durch das ungelöste Rätsel Österreich wird, desto stärker verspürt man in Belgrad doch auch das Bedürfnis, am bulgarischen Nachbar eine gewisse Rückendeckung zu finden. Dieser wiederum kann, so sehr das zu erwarten zeitweilig auch taktisch geboten sein mag, doch auf die Dauer in der Isolierung nichts gewinnen, und deshalb besteht auch dort der Wunsch zur Annäherung. Man wird keine Entente-Verträge in Sofia abschließen. Das könnte Jugoslawien schon deshalb nicht tun, weil der Balkanpakt es verpflichtet, keine außenpolitische Sonderaktion im Bereich des Balkans zu

Regierungswechsel in Spanien und Rumänien.

Spanien.

Madrid, 2. Oktober. (DNB) Die Spanische Regierung hat am Montag nachmittag ihren Rücktritt beschlossen.

Nach dreimonatiger Ferienpause trat das Parlament unter umfassenden Sicherheitsmaßnahmen der Polizei zusammen. Ministerpräsident Samper nahm sofort das Wort, um seine bisherige Politik zu rechtfertigen. Anschließend erklärte der Führer der katholischen Volksaktion Gil Robles, seine Partei werde die Regierung nicht mehr unterstützen. Die Kabinettsmitglieder zogen sich darauf zur Beratung zurück. Nach kurzer Zeit teilte der Landwirtschaftsminister der Presse den Rücktrittsbefehl der Regierung mit.

Der Präsident der Republik hat das Rücktrittsgesuch des Gesamtkabinetts angenommen. Das Parlament hat sich bis zur Lösung der Krise vertagt. Die polizeilichen Vorsichtsmaßnahmen zur Verhinderung von marxistischen Gewalttaten sind außerordentlich verstärkt worden.

Rumänien.

Bukarest, 2. Oktober. (DNB) Obwohl sich wiederholt die Notwendigkeit einer Umbildung des Kabinetts Tatarescus bemerkbar machte, konnte sich der Ministerpräsident bisher nicht zu den erforderlichen Umbesetzungen entschließen, da zwischen ihm und dem Parteipräsidenten Konstantin Bratianu offenkundig keine Einigkeit über die Persönlichkeiten bestand, die bei der Regierungsumbildung berücksichtigt werden sollten. Die Gegensätze, die zwischen der älteren Politikern der liberalen Partei und der Gruppe der jungen seit jeher bestanden, machten sich zweifellos auch hier geltend. Der Ministerpräsident hat nunmehr den Rücktritt des Handelsministers Theodorescu und den Tod des Unterstaatssekretärs Maurodi zum Anlaß genommen, ein Ministerium zusammenzusetzen, das den Wünschen des Königs und seinen Absichten entsprechen soll. Nach dem gesamten Rücktritt des Kabinetts betraute König Karl Tatarescu sofort erneut mit der Regierungsbildung. Wie aus politischen Kreisen verlautet, will Tatarescu versuchen, auch außerhalb der liberalen Partei stehende Persönlichkeiten in das Kabinett aufzunehmen.

unternehmen. Aber es gibt „Gentlemen-agreements“, die, wie sich bei Ausbruch des Weltkrieges zeigte, manchmal politisch wirkungsvoller sind, als geschriebene Verträge.

Sicher ist eins: In Sofia bahnt sich zur Zeit eine Gruppierung an, die sowohl das Gefüge der Kleinen Entente wie das des Balkanpaktes lockert und die deshalb in Ankara, Budapest, Athen und auch in Prag mit einigem Mißbehagen beobachtet wird. Dabei ist die geographische Lage der beiden Länder, die in einem breiten zusammenhängenden Band Griechenland und die Türkei von Rumänien trennen und die ganze Balkanhalbinsel gewissermaßen abriegeln, nicht ohne Bedeutung für die politische Rolle, die das neue, wenn auch ungeschriebene Bündnis in Südosteuropa einmal spielen kann.

Militärischer Hilfsdienst in Polen.

Ein bereits veröffentlichtes Dekret des Staatspräsidenten führt die Dienstpflicht im sog. militärischen Hilfsdienst bei Kriegsbeginn oder bei Anordnung der Mobilisation ein.

Diese Dienstpflicht kann aber auch in Friedenszeiten auf Grund eines Beschlusses des Ministerrats eingeführt werden, wenn das Interesse der staatlichen Sicherheit das erfordern sollte. Der militärische Hilfsdienst besteht in Wach- und Verbindungsdienst, in der Verwendung bei Luftabwehr und Gasschutz sowie im technischen, Bureau- und Sanitätsdienst oder in der Ausübung anderer Funktionen, die im Interesse der staatlichen Sicherheit erforderlich erscheinen.

Von der Dienstpflicht werden diejenigen Männer im Alter von 17 bis 60 Jahren erfaßt, die keinen aktiven Dienst leisten oder zum Dienst in der Reserve oder im Landsturm nicht verpflichtet sind. Zum militärischen Hilfsdienst können auch Frauen im Alter von 19 bis 45 Jahren herangezogen werden, die in Friedenszeiten die Vorbereitung zum militärischen Hilfsdienst beendet haben oder sich freiwillig hierzu melden.

Befreit sind vom Hilfsdienst die Geistlichen, Senatoren und Abgeordneten und die physisch Benachteiligten. Befreiung können ferner erzielen Richter und Staatsanwälte sowie staatliche Beamte und Angestellte der Kriegsindustrie.

Wie die Havas-Agentur erfährt, hat Außenminister Titulescu als erster dem Ministerpräsidenten Tatarescu sein Rücktrittsgesuch überreicht, das auch angenommen wurde. Aus Kreisen, die dem Außenminister Titulescu nahe stehen, wird bekannt, daß sich Titulescu nicht bereit finden wird, das Außenministerium im neuen Kabinett Tatarescu wieder zu übernehmen.

Beunruhigung in Paris wegen der rumänischen Kabinettskrise.

Paris, 2. Oktober. (DNB) Die rumänische Ministerkrise gibt in französischen politischen Kreisen Anlaß zu lebhaften Beunruhigungen. Man vermutet, daß nunmehr Tatarescu selbst das Außenministerium übernehmen wird und befürchtet, daß die rumänische Außenpolitik dann einen anderen Kurs nehmen könnte. Besondere Befürchtungen bestehen hinsichtlich des Zusammenhaltens der Kleinen Entente.

Es wird betont, daß es sich nicht nur um eine formale Umbildung, sondern um eine tieferegehende Änderung der ganzen rumänischen Außenpolitik

handelt. Titulescu gehe, weil sein Ministerpräsident, seine Kollegen und die Mehrheit seiner Partei eine Politik ablehnten, die darauf hinauslaufe, den Völkern — d. h. Sowjetrußland — in die Hände zu lassen. Sein Abtritt bedeute, daß Rumänien sich von Frankreich entferne. Das sei eine Folge der sowjetfreundlichen Politik des Quai d'Orsay.

Rumänien sei damit auf die Verlustliste zu setzen, auf der bereits Polen stehe.

Das „Devoir“ hält den Rücktritt Titulescus als sehr beunruhigend für diejenigen Kreise in Frankreich und Europa, die vor allem auf Erhaltung des status quo bedacht seien. In Bukarest mache sich, wie fast überall in der Welt, das Bedürfnis nach neuen Formeln und neuen Männern bemerkbar. Die Gegner der Kleinen Entente würden besonders glücklich sein, wenn sie sich Titulescus entledigen könnten, der wohl am meisten für die Einigung der Kleinen Entente getan habe.

Das „Journal“ schließlich meint, daß Bede Erklärung in der Minderheitenfrage in Genf direkt zum Ausbruch der Regierungskrise in Rumänien beigetragen habe.

Hitler schlägt Mussolini ein Kompromiß vor?

Nach einigen Tagen soll der Deutsche Botschafter am Quirinal, von Gassel, der augenblicklich in Berlin weilt, nach Rom zurückkehren. Im Zusammenhange damit will der römische Korrespondent des „Flutromany Kurjer Codzienny“ in Erfahrung gebracht haben, daß Herr von Gassel konkrete deutsche Vorschläge nach Rom mitbringen soll, die eine Wiederherstellung korrekter Beziehungen zwischen Rom und Berlin ermöglichen würden. Der wichtigste Vorschlag sei dabei die

Beseitigung des Konflikts in der österreichischen Frage

Berlin halte an dem Standpunkt fest, daß das Deutsche Reich weder faktisch noch formell einer Verschwörung in Österreich beschuldigt werden kann. Um aber das in Rom darüber herrschende Mißtrauen zu brechen, wolle Hitler Mussolini eine

zehnjährige Garantie der Unabhängigkeit Österreichs

anbieten. Die deutsch-italienische Verständigung in der österreichischen Frage soll, nach den Gerüchten über die deutschen Vorschläge, den Punkt enthalten, daß Deutschland in der Frage Österreichs (vorausgesetzt, daß Österreich weiterhin unabhängig bleiben wird)

gleiche Rechte mit Italien

erhalten würde. Aus dem Verlauf der Genfer Verhandlungen über die Garantie der Unabhängigkeit Österreichs geht, nach dem Bericht des römischen Korrespondenten des „Flutromany Kurjer Codzienny“, hervor, daß Italien, nachdem es in Österreich eine starke Position erlangt hat, diese nicht gegen Deutschland ausspielen wolle. Rom wolle also nicht eine solche Konstellation zulassen, in der Berlin allein über Österreich zu entscheiden hätte, aber auch nicht eine solche Konstellation, die danach aussähe, als ob sie sich gegen Deutschland richtete.

Mussolini halte also an seiner Idee, Deutschland zur Zusammenarbeit am Donauprobem einzubeziehen fest, wobei diese Zusammenarbeit nicht ausschließlich einen wirtschaftlichen Charakter hätte. Die Korrespondenz schließt mit der Ankündigung, daß die Vorschläge, die binnen kurzem Herr von Gassel im Namen Hitlers Mussolini vorlegen wird, sicher sensationeller Natur sein würden.

Polnische Stimmen zur Oesterreich-Erklärung in Genf.

Warschau, 2. Oktober. (Eigene Meldung.) Die „Gazeta Polska“ schreibt zur gemeinsamen Erklärung Frankreichs, Englands und Italiens zur Oesterreichfrage in einem Genfer Bericht: Die Erklärung, die eigentlich die Krönung einer Verständigung in der österreichischen Frage hätte sein

